

http://www.badisches-tagblatt.de/html/content_buehl_top/00_20081206003011_Vertrauen_auf_badische_Liberalitaet.html

Vertrauen auf badische Liberalität

Bühl/Schwarzwaldhochstraße (gero) - Der NATO-Gipfel am 3./4. April wirbelt auch den Terminplan der Bühler Hauptstraßen-Neugestaltung kräftig durcheinander. Das Regierungspräsidium Karlsruhe erließ für die Zeit vom 23. März bis 5. April ein generelles "Baustellenverbot" auf klassifizierten Straßen und "bedeutenden Gemeindestraßen". Im konkreten Bühler Fall bedeutet dies, dass die Arbeiten im Streckenabschnitt zwischen der Dreherstraße und dem Kreuzungsbereich von Rhein- und Grabenstraße nicht wie geplant am 10. März beginnen dürfen.

Weil aber der Leistungsumfang (inklusive Kreiselbau) anspruchsvoll ist und lediglich ein schmales Zeitfenster für die Bauausführung bis Ende Oktober zur Verfügung steht, hat die Stadtverwaltung eine Ausnahmegenehmigung beantragt. Obwohl Obama, Merkel & Co. vermutlich auf dem Luftweg die Hotels auf der Bühlerhöhe oder in Baden-Baden anfliegen dürften, wollen sich die Planungsstäbe und Sicherheitsbehörden nach Ansicht von Oberbürgermeister Hans Striebel "alle Optionen offen halten". Andererseits möchte der Bühler Stadtchef nicht drei Wochen vergeuden, weil ansonsten die Baumaßnahme mit der Eröffnung des Weihnachtsmarktes kollidieren könnte.

Wie ein Sprecher des Regierungspräsidiums Karlsruhe berichtete, werde das Anliegen der Bühler Stadtverwaltung von der Höheren Straßenverkehrsbehörde geprüft. Wann eine Entscheidung getroffen werde, sei momentan nicht absehbar. "Die Sicherheits- und polizeilichen Belange müssen geprüft werden", hieß es aus dem Regierungspräsidium. Betroffen vom Baustopp seien beispielsweise auch die Landkreise Karlsruhe oder Calw. Ebenfalls noch keine Entscheidung sei über die Standorte von Demonstrations-Camps getroffen worden.

"Diese wird es unter Auflagen geben", erklärt Karl-Heinz Schmid, Pressesprecher des Planungsstabs NATO-Gipfel, der bei der Landespolizeidirektion Freiburg angesiedelt ist. Er machte auch deutlich, "dass wir rechtsfreie Räume nicht akzeptieren werden." Sicher sei außerdem, dass "bei einer Veranstaltung dieses Ausmaßes die Bevölkerung mit Beeinträchtigungen leben muss". Dies dürften insbesondere die Bewohner in Altschweier, Bühlertal und an der Schwarzwaldhochstraße betreffen, wenn die schweren Limousinen mit einem stattlichen Begleittross auf dem Weg ins Schlosshotel Bühlerhöhe durch die Talgemeinde rasen. Kurzzeitig sind dann wohl auch Straßensperrungen nicht auszuschließen. Die große Unbekannte bleibt, ob - und wenn ja wie - friedliche Demonstranten sowie gewaltbereite Chaoten, die aus ganz Europa erwartet werden, versuchen, zu den Hotels vorzudringen. Schmid weiß nur: "Die Gipfelgegner bereiten sich schon vor." Aber auch die Polizei werde nach seinen Aussagen "sehr breit aufgestellt sein". Im Gespräch ist eine Präsenz von bis zu 15000 Beamten, die aus ganz Deutschland zusammengezogen werden und an den beiden Gipfeltagen "sehr ortsnah" untergebracht würden, vermutlich auch in Turnhallen. Das Plättig-Hotel jedenfalls ist bereits komplett von der Landespolizeidirektion angemietet.

Überraschen lassen wollen sich die Sicherheitskräfte jedenfalls nicht, schließlich schaut laut Schmid "die Weltöffentlichkeit für kurze Zeit auf den Oberrhein". Ergo werde auch die Bevölkerung merken, "dass die Polizei hier ist". Schließlich gelte es, gute Gastgeber zu sein und die Sicherheit der Gipfelteilnehmer und der friedlichen Demonstranten zu garantieren. Im Übrigen empfiehlt Karl-Heinz Schmid, dem Gipfel "mit badischer Liberalität entgegenzusehen".